

Wer wohnt hier?



Einkommensstarke Haushalte. Über die reichsten 10 Prozent wird in Deutschland viel spekuliert und diskutiert. Doch wer gehört eigentlich dazu? Antworten gibt eine neue IW-Studie, die die Einkommensverhältnisse der verschiedenen Haushaltstypen genauer unter die Lupe genommen hat. Unabhängig von statistischen Einstufungen wird Reichtum subjektiv allerdings sehr unterschiedlich eingeschätzt, wie IW-Verteilungsexpertin Judith Niehues in ihrem Kommentar erklärt. —> [Seiten 2-4](#)

Krankenstand

Im Corona-Jahr 2020 ist der Krankenstand insgesamt leicht gesunken – die Genesung der Erkrankten dauerte unterm Strich allerdings länger als in den Vorjahren.

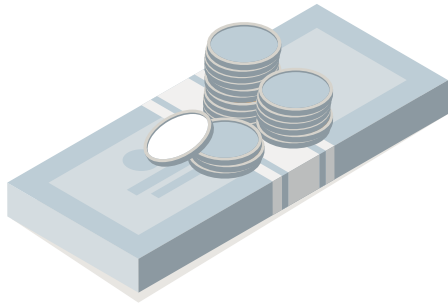
—> [Seiten 6-7](#)

Globale Lieferketten

Trotz pandemiebedingter Lieferengpässe wollen nur wenige Unternehmen in Deutschland die benötigten Vorleistungen künftig wieder selbst herstellen.

—> [Seiten 8-9](#)

DINK(Y)s und HIKOs



Einkommensstarke Haushalte. Die berühmten „oberen 10 Prozent“ unterscheiden sich vor allem in puncto Einkommen von den anderen Haushalten in Deutschland. Es gibt aber noch ein weiteres wesentliches Unterscheidungsmerkmal, wie eine Studie des IW zeigt.

Die Meinungen darüber, ab welchem Einkommen in Deutschland von Reichtum gesprochen werden kann, gehen weit auseinander. Wer zu den einkommensstärksten 10 Prozent, 5 Prozent oder sogar 1 Prozent gehört, lässt sich jedoch aus den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) ableiten (Grafik Seite 3):

Im Jahr 2018 zählte ein Single dann zum reichsten Zehntel der Bundesbürger, wenn er über ein Nettoeinkommen von mehr als 3.700 Euro im Monat verfügte.

Damit hat sich die Einkommensgrenze in den vergangenen zwei Jahren um fast 8 Prozent erhöht: Im Jahr 2016 gehörte ein Single bereits

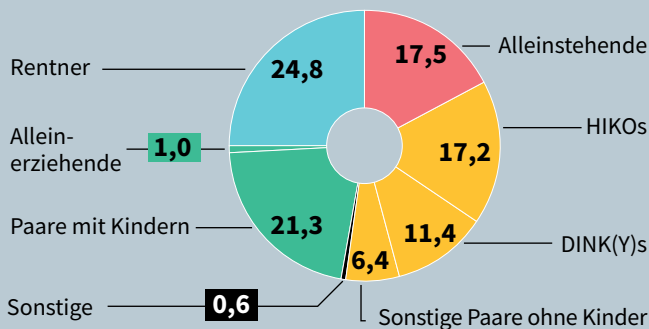
mit 3.440 Euro netto im Monat zu den reichsten 10 Prozent.

Die entsprechende Grenze für das Einkommen nach Steuern, Abgaben und inklusive Transferleistungen zu den reichsten 5 Prozent lag 2018 den SOEP-Daten zufolge bei 4.560 Euro und das reichste Prozent der deutschen Bevölkerung musste ein

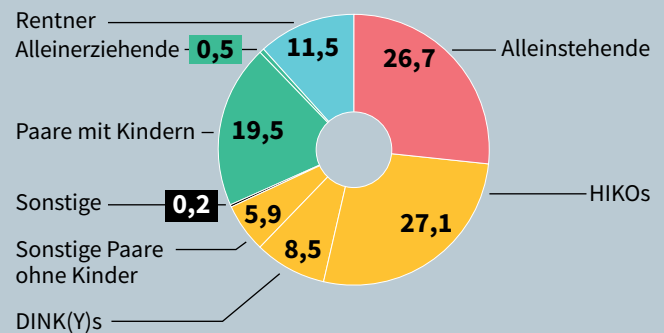
Hocheinkommensbereich: Viele Doppelverdiener ohne Kinder

So viel Prozent der jeweiligen Haushaltstypen gehörten im Jahr 2018 in Deutschland zu ...

... den einkommensreichsten 10 Prozent



... dem einkommensreichsten Prozent



HIKOs: Paare mit hohem Einkommen, deren Kinder nicht (mehr) im elterlichen Haushalt leben
 DINK(Y)s: Doppelverdiener, die nie Kinder hatten oder noch keine haben
 Rentnerhaushalte: umfassen sowohl Alleinstehende als auch Paarhaushalte mit und ohne Kinder
 Quellen: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2022 IW Medien / iwd

Einkommen: Ab wann gehört man zur Spitze?

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen im Jahr 2018 in Euro

Ab diesem Einkommen gehört man zu ...	Alleinstehende	Paarhaushalt ohne Kinder	Paarhaushalt mit einem Kind unter 14 Jahren
... der oberen Einkommenshälfte	2.030	3.050	3.650
... den oberen 10 Prozent	3.700	5.550	6.660
... den reichsten 5 Prozent	4.560	6.840	8.210
... dem reichsten Prozent	7.190	10.790	12.940

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwid

iwid

Nettoeinkommen von 7.190 Euro erreichen. Auf das Jahr hochgerechnet müsste ein Alleinstehender damit etwa 150.000 Euro brutto verdienen, damit er zum einkommensreichsten Prozent der Gesellschaft zählt. Um eine gute Vorstellung davon zu bekommen, um wen es sich bei „den Reichen“ handelt, hat das Institut der deutschen Wirtschaft neben den Einkommen auch die Zusammensetzung der Haushalte an der Spitze näher betrachtet (Grafik Seite 2):

Paarhaushalte, in denen keine Kinder leben und deren Bewohner noch nicht verrentet sind, befinden sich mit einem Anteil von rund 35 Prozent am häufigsten im obersten Einkommenszehntel.

Darunter finden sich die DINKs oder DINKYs, also Doppelverdiener, die nie Kinder hatten oder noch keine haben – auf Englisch: Double Income, No Kids (Yet). Noch häufiger sind im oberen Einkommensbereich jedoch die HIKOs vertreten: Das sind nicht verrentete Paare mit hohen Einkommen, deren Kinder aber nicht (mehr) im elterlichen Haushalt leben – High Income, Kids Out. Dies gilt insbesondere für das einkommensstärkste Prozent in Deutschland:

Rund 27 Prozent der Haushalte, die zum reichsten Prozent gehören, sind Paare, die zwar noch nicht den Ruhestand genießen, deren Kinder aber schon das elterliche Nest verlassen haben.

Da HIKOs nur 9 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, sind sie in dieser Einkommensklasse stark überrepräsentiert. DINK(Y)s und HIKOs stehen auch deshalb in der Einkommensverteilung oft weit oben, weil sie von Vorteilen des gemeinsamen Wirtschaftens profitieren: Da ein Paar beispielsweise nicht unbedingt zwei Küchen oder zwei Wohnzimmer benötigt, muss es der üblichen Konvention folgend nicht über das Doppelte, sondern nur über das 1,5-Fache des Einkommens eines Alleinstehenden verfügen, um einen vergleichbaren Lebensstandard zu erreichen. Das wird im Vergleich der Nettoeinkommen durch die sogenannte Bedarfsgewichtung berücksichtigt.

Insgesamt leben – wenn man die Singles und entsprechende Rentnerhaushalte hinzurechnet – in drei von vier Haushalten, die zu den einkommensstärksten 10 Prozent gehören, keine Kinder (mehr).

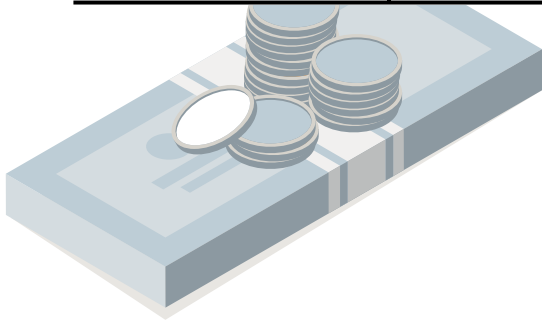
Ähnlich sieht es im einkommensreichsten Prozent aus. Kein Wunder, denn ohne Nachwuchs ist es für beide Partner oft viel leichter, einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen. Der Blick auf die Durchschnittseinkommen der verschiedenen Haushaltstypen bestätigt das:

Im Jahr 2018 kamen nicht verrentete Paare mit Kindern im Haushalt auf ein bedarfsgewichtetes monatliches Nettoeinkommen pro Kopf von rund 2.330 Euro, während HIKOs im Durchschnitt rund 3.025 Euro zur Verfügung hatten und DINK(Y)s rund 3.085 Euro.

Weit abgeschlagen sind dagegen die Alleinerziehenden, die durchschnittlich nur über 1.600 Euro im Monat verfügen konnten. Ihre Einkommenssituation ist aufgrund der schwierigen Vereinbarkeit von Beruf und Familie häufig angespannt. Deshalb sind sie unter den oberen 10 Prozent mit einem Anteil von nur 1 Prozent fast nicht vertreten.

IW-Kurzbericht 96/2021

Judith Niehues, Maximilian Stockhausen:
DINK(Y)s und HIKOs – Welche Haushalte gehören zur Einkommensspitze?
iwkoeln.de/dinkys-hikos



Kommentar. Wer in Deutschland zu den einkommensreichsten 10 Prozent gehört, ist letztlich eine rein statistische Einstufung. Subjektiv wird Reichtum aber sehr unterschiedlich eingeschätzt, sagt **Judith Niehues**, Verteilungsexpertin im Institut der deutschen Wirtschaft.

„Reichtum liegt häufig im Auge des Betrachters“



Foto: IW Medien

Die Veröffentlichung von Schwellenwerten zur Einkommensverteilung sorgt regelmäßig für erregte Gemüter. Ab wann jemand zu den einkommensstärksten 10 Prozent der Bevölkerung zählt, ist jedoch zunächst nur eine statistische Einteilung: Wenn alle Einkommen der Höhe nach sortiert werden, gibt es zwangsläufig einen Einkommenswert, ab dem man zu den rund acht Millionen Menschen Deutschlands mit den höchsten Einkommen zählt.

Dass besonders viele einkommensstarke Menschen in Paarhaushalten leben, in denen keine Kinder (mehr) wohnen, erklärt sich vorrangig aus zwei Gründen: Wenn die Kinderbetreuung nicht (mehr) im Vordergrund steht, können beide Erwachsene einfacher in Vollzeit erwerbstätig sein. Gegenüber Singlehaushalten haben zusammenlebende Paare zudem den Vorteil, dass sie vom gemeinsamen Wirtschaften profitieren, sich also

gewisse Dinge teilen – ihre Pro-Kopf-Einkommensgrenzen für das reichste Zehntel liegen entsprechend niedriger. Da das Einkommen im Erwerbsverlauf typischerweise ansteigt, findet man vor allem HIKOs im oberen Einkommensbereich – also ältere Haushalte, bei denen die Kinder bereits ausgezogen sind (High Income, Kids Out).

Dennoch sind die einkommensreichsten 10 Prozent eine ziemlich heterogene Gruppe und die Lebenssituation der wirklich Hochvermögenden dürfte sich substanziell von der Lebenswirklichkeit derjenigen unterscheiden, die nur knapp die Schwelle zu den einkommensreichsten 10 Prozent überschreiten. „Echter“ Reichtum besteht in den Augen vieler nur dann, wenn Personen neben hohem Einkommen auch sehr hohe Vermögen besitzen – zu den „wirklich“ Reichen zählt dann nur eine kleine Teilgruppe der einkommensstärksten 10 Prozent.

Gleichzeitig vermuten die Bundesbürger jedoch laut einer Befragung, dass 25 Prozent der Bevölkerung aufgrund ihrer Einkommens- und Vermögenssituation als reich gelten.

Dass Einschätzungen zum Reichtum sehr subjektiv sind, zeigen auch die Reaktionen auf kürzlich veröffentlichte Einkommensgrenzen in einer OECD/Bertelsmann-Mittelschichtsstudie: So äußern in den sozialen Medien viele Menschen ihr Unverständnis darüber, dass eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren und einem Haushaltsnettoeinkommen in Höhe von 8.000 Euro der Studie zufolge noch zur Mittelschicht zählt. Der Einkommensbetrag entspricht aber ziemlich genau der haushaltsspezifischen Grenze zu den einkommensreichsten 10 Prozent. Für viele, die deutlich weniger Einkommen zur Verfügung haben, kann ein solcher Schwellenwert also durchaus Reichtum bedeuten.

Die Brexit-Bremse

Außenhandel. Seit gut einem Jahr ist das Vereinigte Königreich nicht mehr Teil des europäischen Binnenmarktes. Auch wenn die Briten ihren Unternehmen noch einige Übergangsfristen gewähren, zeigt sich im Handel mit Deutschland bereits ein deutlicher Brexit-Effekt.

Die immer neuen Meldungen aus dem Vereinigten Königreich über leere Supermarktregale und fehlende Arbeitskräfte – unter anderem mangelt es an Lkw-Fahrern sowie an Helfern in der Landwirtschaft – zeigen deutlich, dass der Brexit heftige Nachwirkungen hat.

Dabei ist das ganze Ausmaß der Konsequenzen noch gar nicht sichtbar. Zwar erfolgte der offizielle Austritt der Briten aus der EU bereits am 31. Januar 2020. Doch erst seit dem 1. Januar 2021 nimmt das Vereinigte Königreich nicht mehr am Binnenmarkt der EU teil, sondern ein Handels- und Kooperationsabkommen regelt die Beziehungen zwischen

den beiden Wirtschaftsräumen. Die Regierung in London hat den Unternehmen auf den Britischen Inseln für einige nun notwendige Einfuhrkontrollen sogar noch Übergangsfristen bis Ende Juni 2022 eingeräumt.

Grundsätzlich können Waren zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich inzwischen nur noch dann ohne Zölle und mengenmäßige Beschränkungen gehandelt werden, wenn komplexe und produktspezifische Ursprungsregeln eingehalten werden. Britische Exporteure zum Beispiel müssen dafür nachweisen, dass die von ihnen an die EU-Länder gelieferten Produkte tatsächlich „made in Britain“ sind.

Dies sowie weitere Formalitäten wie die Kontrollen von Produktstandards oder der Nachweis, dass die für bestimmte Lebensmittel vorgesehenen Veterinärvorschriften eingehalten werden, verteuert den Handel über den Ärmelkanal. Dies hat sich bereits 2021 deutlich ausgewirkt, wie der Blick auf den deutsch-britischen Warenverkehr zeigt (Grafik):

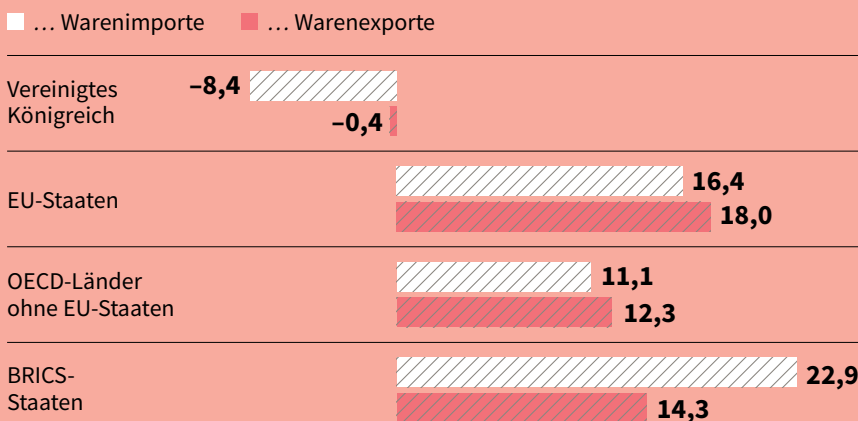
Die deutschen Warenimporte aus dem Vereinigten Königreich lagen im Zeitraum Januar bis September 2021 um mehr als 8 Prozent unter dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums – die Einfuhren aus anderen Ländern legten dagegen deutlich zu.

Auch bei den Exporten ist der Brexit-Effekt deutlich: Während die deutschen Ausfuhren nach Großbritannien im genannten Zeitraum leicht schrumpften, konnten die hiesigen Exporteure zum Beispiel die Lieferungen an die EU-Länder um 18 Prozent steigern.

Wenn aufseiten des Vereinigten Königreichs die letzten Übergangsfristen abgelaufen sind und der Warenverkehr infolgedessen noch stärker kontrolliert wird, könnte dies dem Handel Deutschlands mit dem früheren EU-Mitglied einen zusätzlichen Dämpfer verpassen.

Deutsch-britischer Handel: Nach Brexit geschrumpft

Veränderung der deutschen ... nach Herkunfts- beziehungsweise Zielregion von Januar bis September 2021 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum in Prozent

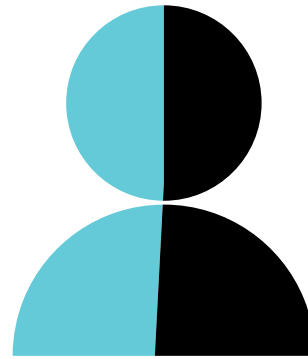


BRICS-Staaten: Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Seltener, aber dafür länger krank

Krankenstand. Das Coronavirus hinterlässt auch in der Krankenstandsstatistik seine Spuren – allerdings anders als vielleicht gedacht. Denn im Corona-Jahr 2020 ist der Krankenstand insgesamt leicht gesunken. Die Ursache liegt wohl in den Lockdowns, dem Arbeiten im Homeoffice und den Abstands- und Hygieneregeln. Auch die jährliche Grippewelle fiel dadurch aus. Allerdings beanspruchte die Genesung der Erkrankten im ersten Jahr der Pandemie unterm Strich mehr Zeit als in den Jahren zuvor.



51
 Prozent der BKK-Mitglieder waren im Jahr 2020 **nicht einmal krankgeschrieben**

BKK-Mitglieder: Pflicht- und freiwillig versicherte Mitglieder der Betriebskrankenkassen, ohne Arbeitslose und Rentner; krankgeschrieben: mit ärztlichem Attest

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen © 2022 IW Medien / iwd

iwd

Berufsgruppen mit den meisten coronabedingten Krankheitstagen

Krankheitstage je 100 beschäftigte Mitglieder der Betriebskrankenkassen

Berufsgruppen mit den meisten coronabedingten AU-Tagen

Altenpflege	16,4
Museumstechnik und -management	15,7
Gesundheits- und Krankenpflege, Rettungsdienst und Geburtshilfe	15,2
Polizei, Gerichts- und Justizvollzug	15,1
Human- und Zahnmedizin	14,0
Erziehung, Sozialarbeit, Heilerziehungspflege	13,9
Metallerzeugung	13,5
Nicht ärztliche Therapie und Heilkunde	13,5
Arzt- und Praxishilfe	12,7
Papier- und Verpackungstechnik	11,5

Arbeitsunfähigkeit: Kalendertage mit ärztlichem Attest im Zusammenhang mit einer Covid-19-Diagnose

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen © 2022 IW Medien / iwd

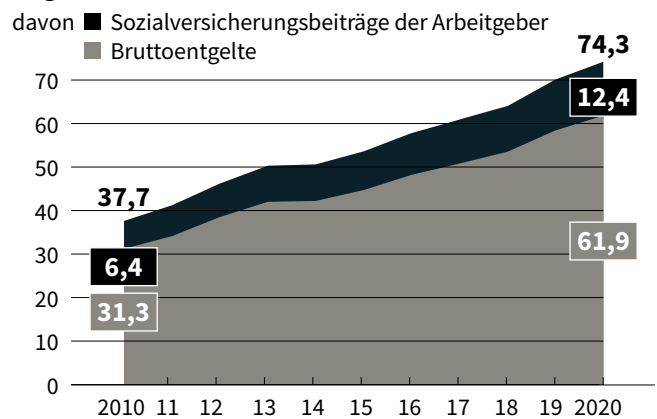
iwd

Manche Berufsgruppen sind in der Pandemie besonderen Gefahren und Belastungen ausgesetzt. Kein Wunder also, dass 2020 die Spitzenplätze an Ausfalltagen von Berufsgruppen im Gesundheitswesen besetzt wurden.

Die Krankheitskosten der Arbeitgeber

Ausgaben der Unternehmen für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall in Milliarden Euro

Insgesamt



Entgeltfortzahlung:

ohne gesetzlichen Mutterschaftsurlaub; Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber einschließlich der gesetzlichen Unfallversicherung; 2018 und 2019: vorläufig, 2020: geschätzt

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Deutsche Rentenversicherung

© 2022 IW Medien / iwd

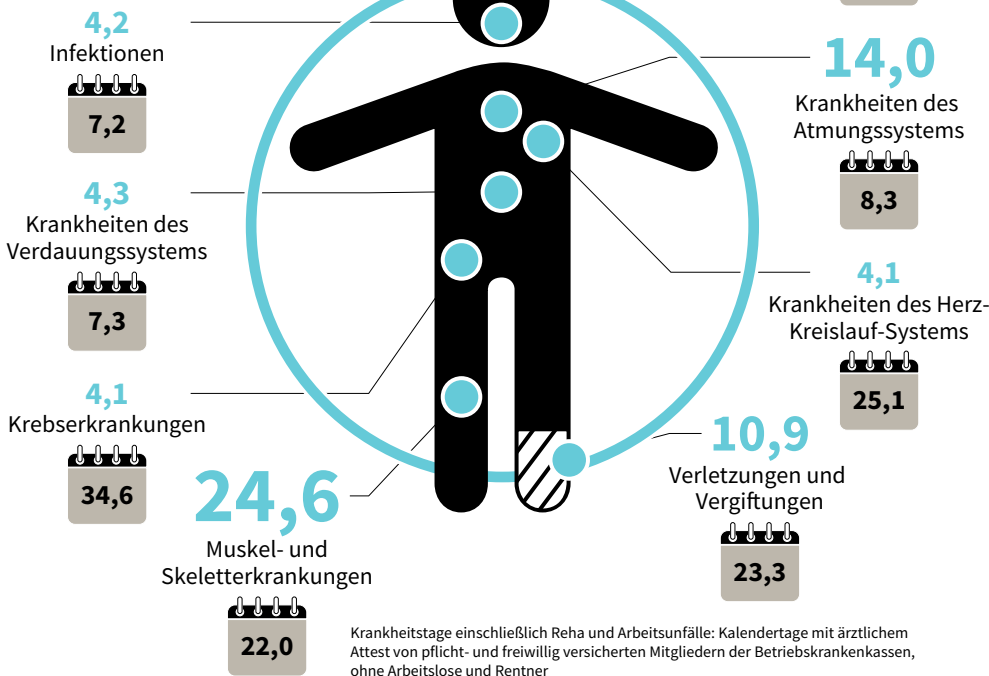
iwd

Wer sich krankmeldet, erhält sechs Wochen lang sein volles Gehalt vom Arbeitgeber. Danach springt zu 70 Prozent die Krankenkasse ein. Im Jahr 2020 zahlten die Unternehmen in Deutschland insgesamt gut 74 Milliarden Euro. Dass diese Summe seit Jahren wächst, liegt auch an der steigenden Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter und den Lohnerhöhungen.

Seelisches Leiden: Besonders langwierig

So viel Prozent der Krankheitstage entfielen 2020 auf ...

■ Krankheitstage je Fall



Krankheitstage einschließlich Reha und Arbeitsunfälle: Kalendertage mit ärztlichem Attest von pflicht- und freiwillig versicherten Mitgliedern der Betriebskrankenkassen, ohne Arbeitslose und Rentner

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen © 2022 IW Medien / iwd

Mit steigendem Alter nehmen die Verschleißerscheinungen zu. Besonders deutlich wird dies bei den Muskel- und Skeletterkrankungen. Bei den Atemwegserkrankungen sind die Fallzahlen 2020 im Vergleich zum Vorjahr zwar gesunken, aufgrund von Corona-Infektionen waren die Betroffenen aber länger krank. Am längsten fallen Beschäftigte aufgrund psychischer Leiden aus.

iwd

Weniger Krankheitstage

Durchschnittliche Krankheitstage je Pflichtmitglied



Krankheitstage einschließlich Reha und Arbeitsunfälle: Kalendertage mit ärztlichem Attest von pflicht- und freiwillig versicherten Mitgliedern der Betriebskrankenkassen, ohne Arbeitslose und Rentner

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen © 2022 IW Medien / iwd

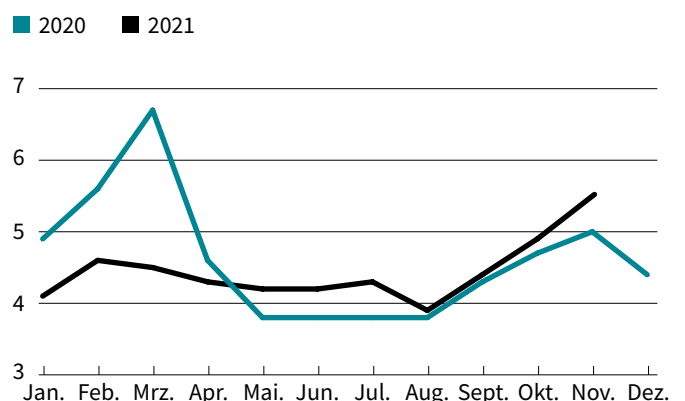
iwd

Flüchtig betrachtet haben die ersten drei Corona-Wellen keine Spuren in der Statistik der Krankheitstage der BKK-Mitglieder hinterlassen. Seit dem Höchststand von 2018 sinkt die Zahl der Fehltage sogar wieder leicht.

Dass sich Corona durchaus in der Krankenstatistik niederschlägt, zeigt ein Blick auf die Monatswerte. Wie die Erkältungswellen in den Jahren davor führt das Coronavirus vor allem in den Wintermonaten zu Ausfällen. Auch der Start der vierten Welle im Herbst 2021 lässt sich bereits an der Zahl der Krankgeschriebenen ablesen.

Corona-Wellen hinterlassen Spuren

Krankgemeldete in Prozent aller beschäftigten Mitglieder der Betriebskrankenkassen



Auswertung einer Stichprobe; krankgemeldete Mitglieder: arbeitsunfähig mit ärztlichem Attest

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen © 2022 IW Medien / iwd

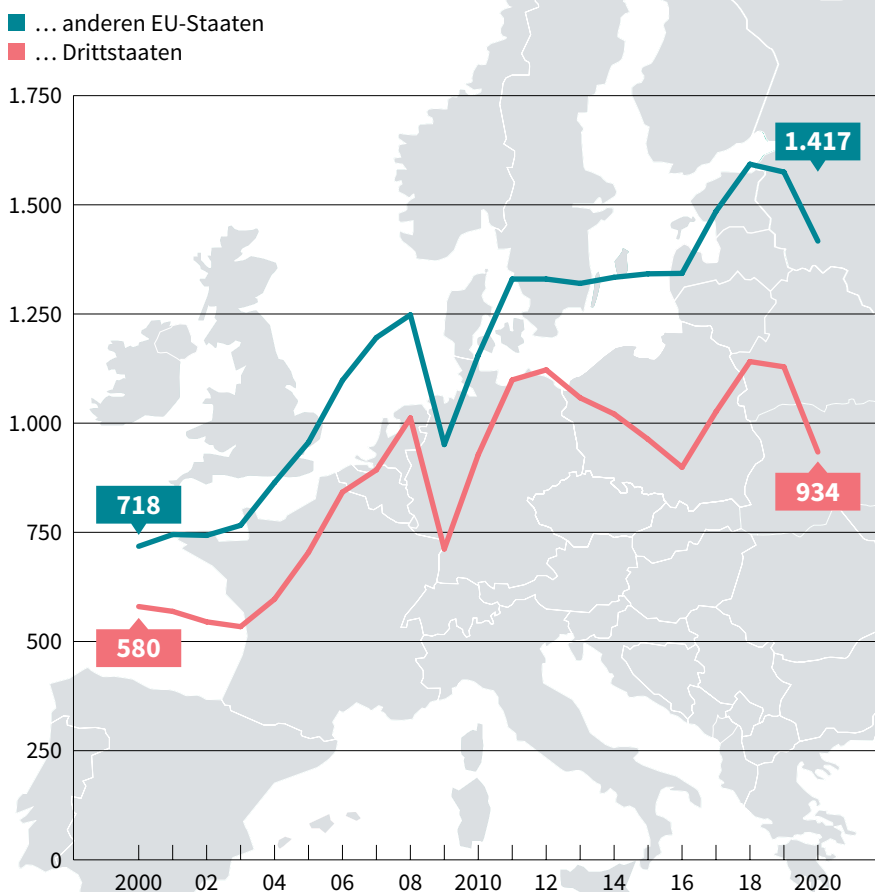
iwd

So überwinden Betriebe den Liefernotstand

Globale Lieferketten. Die Pandemie hat zu bislang unbekannten Problemen beim Nachschub von importierten Vorleistungsgütern geführt. Trotz längerfristiger Liefer-schwierigkeiten will die Mehrheit der europäischen Unternehmen allerdings an den Vorteilen der internationalen Spezialisierung festhalten. Nur wenige Betriebe haben sich bislang dazu entschlossen, knappe Waren, die sie aus dem Ausland beziehen, wieder selbst herzustellen. Sie gehen eher andere Wege, um die Versorgung zu sichern.

Lieferketten: EU-Staaten kaufen überwiegend bei den Nachbarn ein

Für so viele Milliarden Euro importierten die EU-Staaten Vorleistungsgüter aus ...



Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Es sind nicht nur die viel zitierten Mikrochips, die Unternehmen gerade fehlen: Auch Holz, Papier, Stahl und Kunststoffe sind knapp – und damit stockt die Produktion von Autos, Fahrradersatzteilen, Möbeln und Verpackungen bis hin zu Geschirrspülern und Kühlgeräten. Corona und einiges mehr – Waldbrände in den USA und Dürren in Kanada, der tagelang blockierte Sueskanal sowie fehlende Lkw-Fahrer – haben das Wirtschaftsmodell der internationalen Spezialisierung und der globalen Lieferketten vielfach ins Wanken gebracht.

Für die EU und insbesondere für Deutschland, wo viele Unternehmen ihr exportorientiertes Geschäftsmodell auf dem Fundament der internationalen Spezialisierung aufgebaut haben, ist der stotternde Waren- und Rohstoffnachschub nicht leicht zu verkraften (Grafik):

Im Jahr 2020 importierten EU-Firmen Vorleistungsgüter aus dem Ausland im Wert von annähernd 2,4 Billionen Euro – das entsprach rund 52 Prozent der gesamten EU-Einfuhren.

Damit hat sich seit dem Jahr 2000 der Wert der importierten Vorleistungen in der EU nahezu verdoppelt.

Die meisten EU-Staaten beziehen mehr als die Hälfte ihrer Vorprodukte aus anderen EU-Ländern. Ein besonders relevantes außereuropäisches Lieferland sind die USA: Sie fungieren nicht nur für Deutschland, sondern auch für Irland, die Niederlande, Belgien, Frankreich und Spanien als wichtigster Geschäftspartner außerhalb der Union. Wenn es dagegen um Rohstoffe und Chemikalien für die energieintensive Industrie sowie für die Gesundheitsversorgung geht, ist China ein wichtiger außereuropäischer Player. So kauft Deutschland mehr als die Hälfte seiner Importe an seltenen Erden und deren Bestandteilen in China ein.

Insgesamt gibt es EU-weit 5.200 wichtige Produktgruppen, bei denen es strategische Abhängigkeiten von ausländischen Zulieferern gibt – so das Ergebnis einer aktuellen Studie der EU-Kommission. Allerdings:

Stark abhängig von anderen Ländern ist die EU lediglich bei 34 Schlüsselprodukten – 22 davon fallen in die Kategorien Rohstoffe und Vorprodukte, zwölf sind Endprodukte wie zum Beispiel Teile von Corona-Schutzbekleidung oder Medikamente.

Angesichts der anhaltenden Lieferkettenprobleme rufen manche europäische Politiker in einigen Industrien zum „Reshoring“ auf. Doch die Rückverlagerung der Produktion nach Europa hat einen entscheidenden Nachteil: Ohne technischen Fortschritt führt das Reshoring zu höheren Produktionskosten – und damit zu höheren Preisen und einer schlechteren internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Nicht zuletzt aus diesem Grund waren die Unternehmen in Europa in der Vergangenheit eher zurückhal-

tend mit Rückverlagerungen. So haben in Deutschland zwischen 2010 und 2012 nur 2 Prozent der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes Teile der Produktion zurückgeholt, von 2013 bis 2015 waren es mit 3 Prozent etwas mehr. EU-weit lag der Anteil mit 4 Prozent der Firmen des Produzierenden Gewerbes zwar doppelt so hoch, dennoch ist die Bilanz eindeutig: Für jedes europäische Unternehmen, das die Produktion innerhalb dieses Zeitraums zurückgeholt hat, haben rein rechnerisch mehr als drei Betriebe genau das Gegenteil getan, also ihre Produktion oder Teile davon ins Ausland verlegt.

Auch seit Ausbruch der Corona-Krise wird wenig nach Deutschland und in die anderen EU-Staaten zurückverlagert. Zwar gibt es einige prominente Beispiele wie den VW-Konzern, der selbst in die Chip-Entwicklung einsteigen will, oder den französischen Pharmakonzern Sanofi, der mittlerweile einige

Bestandteile seiner Medikamente wieder selbst produziert, doch in den meisten Fällen suchen die von Lieferproblemen betroffenen Unternehmen nach anderen Auswegen (Grafik):

Um ihre Abhängigkeit von ausländischen Zulieferern zu verringern, bemühen sich die deutschen Unternehmen vor allem, weitere Zulieferer zu gewinnen.

Auch größere Lagerbestände, andere Transportrouten sowie die Suche nach Lieferanten aus weiteren Ländern sind für die Firmen probate Mittel gegen Lieferengpässe. Lediglich 6 Prozent der im Frühjahr 2021 befragten Unternehmen gaben an, dass sie vorhätten, die betroffenen Vorleistungsgüter wieder selbst zu produzieren.

IW-Report

Galina Kolev, Thomas Obst: Global value chains of the EU member states iwkoeln.de/value_chains

Lieferkettenprobleme: Das tun deutsche Unternehmen dagegen

So viel Prozent der deutschen Firmen mit ausländischen Niederlassungen oder Tochterunternehmen, die Lieferschwierigkeiten haben, antworteten auf die Frage nach einer Diversifizierung ihrer Lieferketten wie folgt

Nein, keine Diversifizierung umgesetzt oder geplant	29
Ja, Diversifizierung ist umgesetzt oder geplant	71
Durch folgende Maßnahmen	
Neue oder zusätzliche Lieferanten	44
Erhöhung der Lagerbestände	27
Lieferanten in mehreren Ländern/Regionen	24
Veränderung der Lieferwege	22
Verlagerung in Eigenproduktion	6

Befragung von mehr als 4.500 deutschen Unternehmen mit ausländischen Niederlassungen oder Tochterunternehmen in mehr als 70 Ländern im Frühjahr 2021

Quellen: Deutsche Auslandshandelskammern, Deutscher Industrie- und Handelskammertag © 2022 IW Medien / iwd

Gedämpfte Erwartungen

Immobilienbranche. Die jüngste Corona-Welle hat das Geschäftsklima im Immobiliensektor spürbar abkühlen lassen. Zwar bewerten die Unternehmen ihre Geschäftslage insgesamt als ziemlich positiv, die Erwartungen für 2022 sind jedoch nicht allzu hoch. Dies liegt vor allem an den Lieferengpässen und den damit verbundenen Preissteigerungen.

Verglichen mit anderen Wirtschaftszweigen ist die Immobilienbranche in Deutschland bislang verhältnismäßig gut durch die Corona-Pandemie gekommen. Der vom Institut der deutschen Wirtschaft in Kooperation mit dem ZIA – Zentraler Immobilien Ausschuss – erstellte Immobilienstimmungsindex sank mit dem ersten Corona-Schock im Frühjahr 2020 zwar auf den tiefsten Wert seit dem Start im Jahr 2014, blieb aber mit 16,9 Punkten im positiven Bereich.

Anschließend hellte sich das Immobilienklima wieder stetig auf – bis zum vierten Quartal des zurückliegenden Jahres, als die für viele Unternehmen unerwartet heftige

vierte Corona-Welle heranrollte. Die Folge (Grafik):

Mit gut 32 Punkten lag der ZIA-IW-Immobilienstimmungsindex im vierten Quartal 2021 um fast sieben Punkte unter dem Wert des Vorquartals.

Während die Firmen ihre Lage im Schnitt mit einem Wert von fast 66 und damit nach wie vor als ausgesprochen gut bewerteten, fiel der Ausblick auf das Jahr 2022 deutlich skeptischer aus:

Der Teilindex für die Erwartungen der Immobilienfirmen erreichte Ende 2021 mit 3,1 Punkten gerade noch einen Wert im positiven Bereich – im dritten Quartal waren es fast elf Punkte.

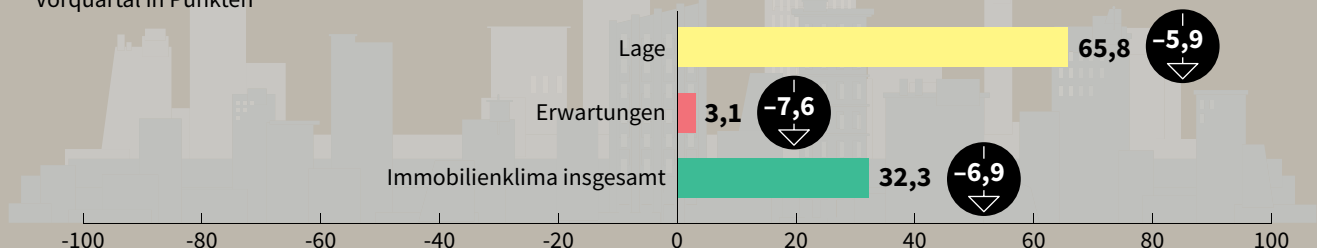
Der Blick auf die einzelnen Segmente der Immobilienbranche zeigt allerdings ein recht heterogenes Bild:

- **Bürosektor.** Am besten bewerteten zuletzt die Unternehmen des Bürosektors das Klima in ihrer Sparte – der Saldo aus positiven und negativen Rückmeldungen ergab im vierten Quartal einen Indexwert von knapp 44 Punkten. Vor allem mit ihrer Geschäftslage sind die Firmen überaus zufrieden. Der Büromarkt profitiert nach wie vor davon, dass Büroflächen an den meisten Standorten der Republik in den zurückliegenden Jahren stark gefragt waren.
- **Handelsimmobiliensektor.** In diesem Bereich stieg der Index im

Immobilienbranche: Stimmung zum Jahreswechsel getrübt

ZIA-IW-Immobilienstimmungsindex im vierten Quartal 2021 – Lagebewertung und Erwartungen der Immobilienunternehmen in Deutschland auf einer Skala von minus 100 bis plus 100 in Punkten

■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Punkten



Index: Werte ergeben sich aus dem Saldo der positiven und negativen Antworten; Immobilienklima insgesamt: geometrischer Mittelwert aus Lage und Erwartungen; Befragung von 110 Immobilienunternehmen vom 12. November bis 6. Dezember 2021; ZIA: Zentraler Immobilien Ausschuss e. V.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Schlussquartal 2021 entgegen dem Gesamttrend um gut sieben auf 36,4 Punkte. Generell schwankt die Stimmung hier allerdings sehr stark. Zudem sind die Befragten in sehr unterschiedlichem Maße von den Folgen der Corona-Pandemie – wie Insolvenzen und Mietausfällen – betroffen. Und während einige Teile des Einzelhandels schon seit Längerem unter dem Trend zum Online-Shopping leiden, boomen zum Beispiel Baumärkte und Gartencenter. Unterm Strich schätzen die Unternehmen im Handelsimmobiliensektor nicht nur die Lage, sondern auch die weitere Geschäftsentwicklung klar positiv ein.

• **Wohnungssektor.** Dies ist das einzige Immobiliensegment, in dem die Erwartungen der Unternehmen im vierten Quartal unterm Strich mit minus 1,2 Punkten negativ ausfielen. Zwar bleibt die Wohnungsnachfrage voraussichtlich hoch, doch die Branche befürchtet, dass ihr die Politik künftig restriktivere Vorgaben macht, indem zum Beispiel die Energieeffizienzstandards für Neubauten erhöht werden.

• **Projektentwicklung.** Hier hat sich das Klima Ende 2021 besonders stark abgekühlt – der Stimmungsindeks fiel gegenüber dem dritten Quartal um mehr als 22 auf nun noch knapp 29 Punkte. Hier wirken sich unter anderem die Verzögerungen durch Lieferengpässe bei Baumaterialien negativ aus. Diese erschweren die Planung, Durchführung und Kalkulation neuer oder bereits laufender Immobilienprojekte.

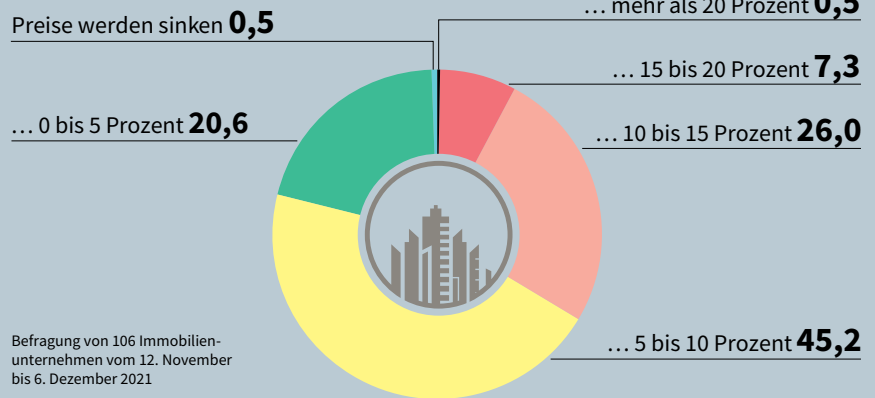
Diese Probleme werden noch verschärft durch den mit den Lieferengpässen zusammenhängenden Anstieg der Baupreise. Denn der Immobiliensektor wurde vom jüngsten Inflationsschub besonders heftig getroffen:

Im August 2021 lagen die Preise für den Neubau konventionell

Baupreise:

Unternehmen erwarten deutlichen Anstieg

So viel Prozent der Immobilienunternehmen in Deutschland erwarten für 2022 einen Anstieg der Preise im Wohnungsbau um ...



Befragung von 106 Immobilienunternehmen vom 12. November bis 6. Dezember 2021

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

gefertigter Wohnimmobilien um 12,6 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats – ein höherer Anstieg wurde zuletzt im Jahr 1970 gemessen.

Aber auch die allgemeine Preisentwicklung ist für die Immobilienbranche von Bedeutung – nicht zuletzt, weil die Unternehmen bei einer längerfristig hohen Inflation steigende Zinsen befürchten, was die Projektfinanzierung erschweren könnte.

Vor diesem Hintergrund wurden die Unternehmen vom IW auch nach ihrer Einschätzung der künftigen Preisentwicklung befragt. Mehr als 95 Prozent der Immobilienfirmen gehen davon aus, dass die Inflationsrate in Deutschland auch 2022 über dem Zielwert der Europäischen Zentralbank von 2 Prozent liegen wird. Die größte Gruppe der Befragten – rund 43 Prozent – erwartet einen Anstieg der Verbraucherpreise um 3 bis 4 Prozent. Insgesamt hält die Branche ein Abflachen der Inflationskurve für wahrscheinlich, sieht aber noch keine Rückkehr zur Preisstabilität.

Dies gilt erst recht für die Preisentwicklung im Bausektor (Grafik): **Gut 45 Prozent der befragten Immobilienunternehmen rechnen für 2022 mit einem Anstieg der Preise im Wohnungsbau um 5 bis 10 Prozent.**

Rund ein Viertel der Firmen erwartet vor dem Hintergrund der bestehenden Lieferengpässe, der hohen Kapazitätsauslastung des Bausektors sowie möglicher Verschärfungen der Bauvorschriften sogar, dass sich die Baupreise ähnlich wie 2021 um 10 bis 15 Prozent erhöhen werden. Lediglich jedes fünfte Unternehmen schätzt, dass die Inflation im Bausektor schon in diesem Jahr auf das moderate Niveau von vor der Corona-Krise zurückkehrt, also unter 5 Prozent liegen wird.

Gutachten

Ralph Henger, Michael Voigtländer:
Baukosten und Corona dämpfen Immobilienklima – Aktuelle Ergebnisse des ZIA-IW-Immobilienstimmungsindex (ISI)
iwkoeln.de/immobilienklima

Deutschland, deine Zukunft

Jugendliche. Wie erlebt der Nachwuchs in Deutschland das zweite Jahr der Corona-Pandemie? Antworten gibt die JIM-Studie und offenbart bedenkliche Zustände – unter anderem mit Blick auf den digitalen Unterricht, aber auch bezüglich des seelischen Befindens der 12- bis 19-Jährigen.

Seit Beginn der Corona-Pandemie werden deren Folgen für junge Menschen hitzig diskutiert – allerdings streiten in der Regel Erwachsene. Doch manchmal kommt der Nachwuchs zum Glück selbst zu Wort – zum Beispiel in der JIM-Jugendstudie des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest. Der Verbund befragt bereits seit 1998 repräsentativ 1.200 Mädchen und Jungen von 12 bis 19 Jahren, zuletzt von Anfang Juni bis Mitte Juli 2021.

JIM steht eigentlich für Jugend, Information, Medien, doch die Studie reicht mittlerweile weit über diese Themen hinaus, da sie – neben den Basiskapiteln zur Mediennutzung – die Corona-Pandemie aus Sicht der

Teenager beleuchtet. Einen Schwerpunkt legt die Jugendstudie dabei auf die Frage, wie Schülerinnen und Schüler das digitale Lernen in Deutschland im Frühjahr 2021 empfunden haben (Grafik):

Nur 35 Prozent vergeben die Schulnote eins oder zwei für das Online-Lernen, das die Schulen im Jahr 2021 angeboten haben.

Ein Jahr zuvor hatten noch 46 Prozent das digitale Engagement ihrer Bildungsstätten mit „sehr gut“ oder „gut“ honoriert. Und das, obwohl die Schulen sich 2020 – anders als 2021 – nicht auf die Ausnahmesituation hatten vorbereiten können und ins kalte Wasser springen mussten.

Bei der detaillierten Analyse der jüngsten Befragungsdaten fällt im Bezug zum Digitalunterricht dreierlei ins Auge:

1. Jungen sind mit dem Home-schooling unzufriedener – 39 Prozent vergeben die Schulnote vier, fünf oder sogar sechs. Von den Mädchen beurteilen nur 30 Prozent das digitale Bildungsangebot so schlecht.

2. Ältere Pennäler, also die 18- und 19-Jährigen, bewerten die Situation am seltensten mit „gut“ oder „sehr gut“. Das könnte mit den Vorbereitungen auf Abitur und Co. zusammenhängen oder aber damit, dass man in diesem Alter besonders wenig Verständnis dafür hat, wie wenig die Schulen binnen eines

Digitales Lernen: Viel Luft nach oben

So viel Prozent der 12- bis 19-Jährigen beurteilten den digitalen Unterricht in Deutschland mit dieser Schulnote

	1	2	3	4	5	6
Insgesamt	10	25	27	20	10	4
Mädchen	9	26	31	19	8	3
Jungen	11	23	23	21	13	5
Haupt-/Realschule	10	17	27	23	13	5
Gymnasium	11	29	27	18	9	4

Repräsentative Befragung von 962 Schülerinnen und Schülern im Juni und Juli 2021 im Rahmen der JIM-Studie; Rest zu 100: Lernen online findet nicht statt oder „weiß nicht“

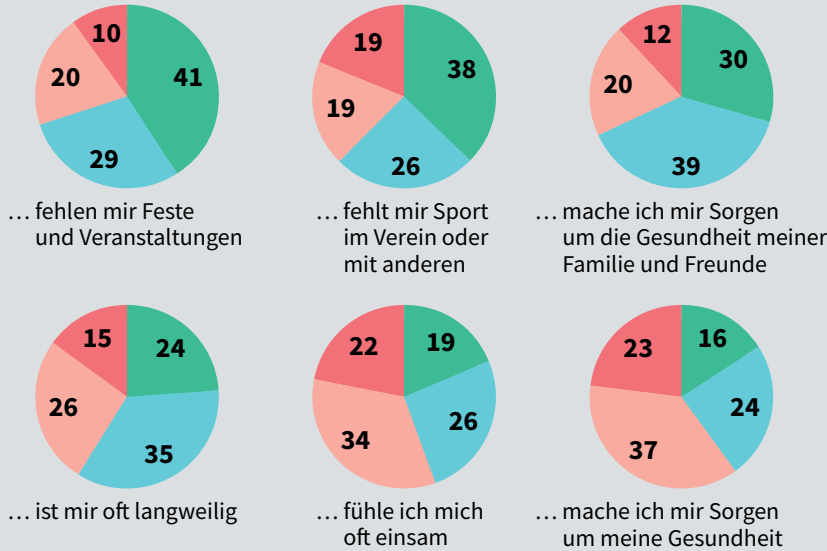
Quelle: Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest
© 2022 IW Medien / iwd

Corona: So trifft die Pandemie die Jugend

So viel Prozent der Befragten gaben an, dass sie der entsprechenden Aussage in diesem Umfang zustimmen

■ Voll und ganz ■ Weitgehend ■ Weniger ■ Gar nicht

In Zeiten von Corona ...



Repräsentative Befragung von 1.200 Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 19 Jahren im Juni und Juli 2021

Quelle: Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest © 2022 IW Medien / iwd

iwd

Jahres in puncto Digitalisierung vorangekommen sind.

3. Jene Befragten, die ein Gymnasium besuchen, sind deutlich zufriedener mit dem digitalen Bildungsangebot als jene, die eine Haupt- oder Realschule besuchen: Die Noten eins bis drei vergeben Erstere um 13 Prozentpunkte häufiger.

Die zweite große Frage, mit der sich die JIM-Studie 2021 befasst, ist der Gemütszustand der Jugend in Zeiten der Pandemie. Für insgesamt acht Aussagen sollten die Befragten bewerten, wie stark die Thesen auf sie selbst zutreffen. Dabei zeigt sich vor allem, wie sehr den jungen Menschen persönliche Kontakte abgehen (Grafik):

Veranstaltungen und Feste fehlen 70 Prozent der 12- bis 19-Jährigen sehr oder ziemlich, bei 64 Prozent gilt das für den Sport mit anderen.

Der Aussage, dass sie sich um die Gesundheit der eigenen Familie und ihrer Freunde sorgen, stimmen 69 Prozent mindestens weitgehend zu. Überraschend: Um die eigene Gesundheit zeigen sich nur 40 Prozent besorgt.

Langeweile beklagen derweil 59 Prozent der jungen Menschen und 45 Prozent fühlen sich einsam. Da überrascht es nicht, dass die Jugendlichen – wie schon 2020 – auch 2021 deutlich mehr Zeit im Internet verbrachten als vor der Pandemie:

Laut Selbsteinschätzung waren die 12- bis 19-Jährigen im Sommer 2021 durchschnittlich 241 Minuten pro Tag online. Im Jahr 2019 – also vor Corona – lag der Wert noch bei 205 Minuten.

Diese Entwicklung ist einerseits nachvollziehbar, da es dem Nachwuchs pandemiebedingt an Beschäftigungsmöglichkeiten im realen

Leben fehlt. Andererseits ist die Situation aber nicht unproblematisch, da sich beispielsweise die (digitale) Spielsucht unter Jugendlichen massiv ausbreitet (siehe Seite 15).

Außerdem attestieren sich viele Befragten selbst einen Überdross an digitaler Kommunikation:

Bei 72 Prozent der jungen Menschen kommt es vor, dass sie viel mehr Zeit am Handy verbringen, als sie geplant hatten.

Außerdem erhalten 44 Prozent nach eigener Aussage sogar so viele Nachrichten auf dem Smartphone, dass es sie nervt. Genauso viele haben allerdings Angst, etwas zu verpassen, wenn sie das Handy einmal ausschalten und es beiseitelegen.

Dabei könnte genau das eine gute Entscheidung sein. Denn im Internet, wo Jugendliche am häufigsten mit dem Smartphone unterwegs sind, begegnen ihnen immer öfter problematische Inhalte:

Mit Hassbotschaften sahen sich im Sommer 2021 innerhalb eines Monats 58 Prozent der jungen Menschen im Netz konfrontiert – das waren 5 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr.

Auch extreme politische Ansichten, Verschwörungstheorien, beleidigende Kommentare und Fake News im Web legten teils deutlich zu.

Nur 23 Prozent der Mädchen und Jungen – 3 Prozentpunkte weniger als ein Jahr zuvor – konnten von sich behaupten, dass ihnen im selben Zeitraum nichts von alledem begegnet war.

Deshalb ist es wichtig, dass im Schulunterricht entsprechende Entwicklungen thematisiert und Schülerinnen und Schüler mit Medienkompetenz ausgestattet werden – um Inhalte online richtig einordnen, diese gegebenenfalls meiden oder angemessen darauf reagieren zu können.

Schule vorm Bildschirm

Homeschooling. Während der coronabedingten Schulschließungen nutzten Kinder und Jugendliche deutlich mehr elektronische Medien als zuvor – doch nicht nur zu Unterhaltungszwecken: Auch Lern- und Bildungsangebote im TV und im Netz waren gefragt.

Die Corona-Pandemie stellt Bildungssysteme weltweit vor große Herausforderungen. Schulen mussten in den vergangenen beiden Jahren mehrmals schließen, sodass der Unterricht oft im Homeschooling stattfand.

Dadurch, dass sich der Alltag fast komplett in den eigenen vier Wänden abspielte, stieg der Medienkonsum der Schülerinnen und Schüler deutlich an (siehe Seite 12–13).

Die vermehrte Zeit vor Bildschirmen lässt sich zum Teil auf den Online-Unterricht zurückführen, da Schulaufgaben digital übermittelt, bearbeitet und besprochen wurden. Eine größere Rolle dürfte allerdings spielen, dass die Schule oft zur Nebensache wurde:

Während Schüler an einem durchschnittlichen Schultag 7,4 Stunden mit schulischen

Tätigkeiten verbringen, betrug diese Zeit während der bundesweiten Schulschließungen Anfang 2021 laut einer repräsentativen Elternbefragung des ifo Instituts lediglich 4,3 Stunden.

Während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 verbrachten die Kinder sogar weniger als die Hälfte der normalen Schulzeit mit Arbeitsaufgaben und Ähnlichem. Fast jedes vierte Kind beschäftigte sich in dieser Zeit nicht länger als zwei Stunden am Tag mit der Schule.

Weniger Zeit für die Schule hieß – vor allem, da auch viele Sport- und Freizeitaktivitäten lange Zeit wegfielen – für die Kinder: mehr Zeit für Computer, Konsole und Co. Doch Medienkonsum heißt nicht immer nur gedankenloses Daddeln – viele Angebote im Netz wurden als Informationsquellen und Lernformate

genutzt. Besonders beliebt waren informative YouTube-Videos (Grafik):

Rund vier von fünf Schülern nutzten YouTube während des Homeschoolings zum Lernen.

Gut ein Viertel der Schüler schaute während der Schulschließungen Dokus und Wissensprogramme, jeder fünfte lernte mithilfe von Schulsendungen.

Davon profitierten auch die Sender, die ihr Programm für Schüler teilweise weitreichend umbauten und neue Formate entwarfen: Das lineare Bildungs- und Schulfernsehen im Bayerischen Rundfunk und auf ARD-alpha zum Beispiel vervierfachte zwischenzeitlich seine Reichweite gegenüber dem früheren Programmangebot, die Videoaufrufe auf dem YouTube-Kanal „alpha Lernen“ stiegen zwischen Januar und März 2021 um das Fünffache.

Informationsquellen im Netz: YouTube bei Schülern beliebt

So viel Prozent der 12- bis 19-Jährigen in Deutschland nutzten im Homeschooling diese digitalen Angebote zum Lernen

YouTube

83



Wikipedia

58



Dokus und Wissenssendungen im Fernsehen oder in Mediatheken

27



Schulsendungen im Fernsehen oder im Internet

21



Online-Angebote von Bibliotheken

12



Online-Angebote von Museen oder anderen Bildungseinrichtungen

8



Repräsentative Befragung von 1.002 Schülerinnen und Schülern im Alter von 12 bis 19 Jahren in Deutschland im April 2020

Quelle: Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest
© 2022 IW Medien / iwd

Kontrollverlust am Controller

Gaming. Kommunikation, Lernen, Freizeit – viele Dinge, die normalerweise im echten Leben stattfinden, sind seit Ausbruch der Corona-Pandemie ins Netz gewandert. Längere Zeit war Schulunterricht nur dank digitaler Lösungen möglich. Doch immer mehr Kinder und Jugendliche verbringen zu viel Zeit vor dem Bildschirm – das Problem der Mediensucht wächst.

Dass Kinder und Jugendliche sehr viel Zeit mit digitalen Medien verbringen, ist nicht erst seit der Corona-Pandemie so. Allerdings haben die vergangenen Lockdowns die Mediennutzung – vor allem die Zeit, die Jugendliche mit Videospiele verbringen – deutlich erhöht, wie die JIM-Studie des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest zeigt (Grafik):

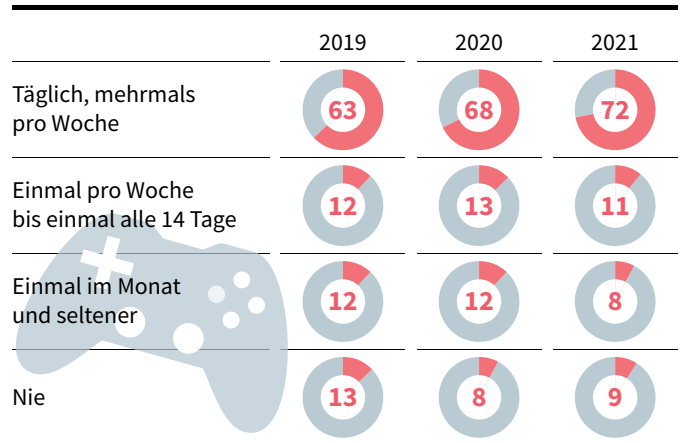
Während 2019 noch 63 Prozent der Jugendlichen täglich oder mehrmals die Woche Videospiele spielten, waren es 2021 bereits 72 Prozent.

So verbrachten Jugendliche 2021 an einem Werktag im Durchschnitt 103 Minuten mit Computerspielen – das waren 31 Prozent mehr als 2019. Die Krankenkasse DAK-Gesundheit (DAK) spricht von einem Anstieg der Zahl der mediensüchtigen 10- bis 17-Jährigen um 52 Prozent im Vergleich zu 2019. Als mediensüchtig gilt allerdings nicht gleich jeder, der Medien intensiv nutzt. Von einer pathologischen, also krankhaften Nutzung sprechen Experten erst, wenn zu der langen Zeit vor dem Bildschirm ein gewisser Kontrollverlust kommt – wenn die Gamer also das Gefühl dafür verlieren, wie lange sie schon spielen, und im Zuge dessen andere Lebensbereiche wie Freunde, Familie und Schule vernachlässigen. Das war im Jahr 2021 nach Hochrechnungen der DAK bei 220.000 Jungen und Mädchen in Deutschland der Fall.

Lockdowns, Isolation und Langeweile führen dazu, dass sich Jugendliche einsam fühlen. In einer Befragung der DAK gaben 73 Prozent der Jugendlichen an, digitale Medien zur Pflege sozialer Kontakte zu nutzen. Das

Gaming: Immer mehr Jugendliche zocken täglich

So viel Prozent der befragten Jugendlichen gaben an, so häufig Computer-, Konsolen-, Tablet- oder Smartphone-Spiele zu spielen



Repräsentative Befragung von 1.200 Jugendlichen im Alter von 12 bis 19 Jahren in Deutschland von Mai bis August 2019 und von Juni bis Juli 2020 und 2021

Quelle: Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest © 2022 IW Medien / iwd



schlägt sich auch in der Zahl der exzessiven Nutzer von sozialen Medien nieder:

4,6 Prozent der 10- bis 17-Jährigen nutzten im vergangenen Jahr Social Media krankhaft; 2019 waren es nur 3,2 Prozent – ein Anstieg um 44 Prozent.

Digitale Medien müssen allerdings nicht zwangsläufig negative Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche haben. So können Schülerinnen und Schüler mithilfe sogenannter Serious Games auf anschauliche Art Inhalte verstehen und lernen (siehe iwd 21/2021).

Für den Erfolg solcher Lernspiele und zur Vorbeugung gegen problematische Mediennutzung ist es wichtig, die Medienkompetenz der Schüler gezielt zu fördern und das Thema Mediensucht im Schulunterricht konkret anzusprechen. Außerdem sind weitere Schulschließungen und Unterrichtsausfälle zu vermeiden, damit die Abhängigkeit Kinder und Jugendlicher von digitalen Medien nicht noch größer wird.

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche

Prozent – so lautet die Veränderungsrate, oder besser: die Nichtveränderungsrate, wenn man die Erwerbstätigen in Deutschland im Jahr 2021 ins Verhältnis zu jenen im Jahr 2020 setzt. Die Erwerbstätigenzahl ist demnach binnen Jahresfrist nahezu gleich geblieben. Tatsächlich hat sie sich laut Statistischem Bundesamt um 7.000 Personen erhöht, was allerdings nicht reicht, um sich in der prozentualen Entwicklung niederschlagen.

Dennoch sind die 0,0 Prozent eine gute Nachricht, denn von 2019 auf 2020 war die Erwerbstätigenzahl aufgrund der Folgen der Corona-Pandemie um jahresdurchschnittlich 370.000 Personen zurückgegangen – das entspricht einem Minus von 0,8 Prozent. Zuvor hatte die Erwerbstätigenzahl viele Jahre lang kontinuierlich zugelegt.

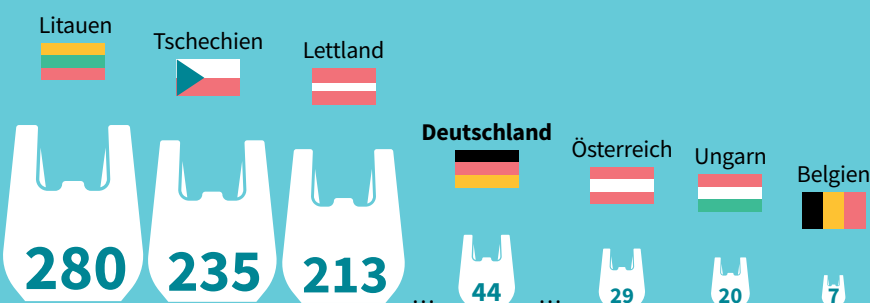
Allerdings weist das Statistische Bundesamt darauf hin, dass der seit 2006 verzeichnete Beschäftigungszuwachs auch ohne die Pandemie vermutlich bald zu Ende gegangen wäre – wegen des demografischen Wandels schrumpft nämlich das Erwerbspersonenpotenzial. Es gibt also schlichtweg immer weniger Personen, die arbeiten könnten.

Top-Liste: Der Griff zur Tüte

Aus Umweltschutzgründen sind in der EU seit dem 1. Januar 2022 Plastiktüten verboten. Allerdings gibt es eine Ausnahme: für maximal 15 Mikrometer dünne Beutel, in denen zum Beispiel Obst und Gemüse abgewogen werden. Die Bundesbürger haben aber auch diese Tragetaschen zuletzt schon etwas weniger genutzt – im Jahr 2019 wurden in Deutschland insgesamt 3,65 Milliarden Stück beziehungsweise 44 Tüten je Einwohner verbraucht, im Jahr zuvor waren es 45 pro Kopf. Im europäischen Vergleich greifen die Bürgerinnen und Bürger hierzulande ohnehin vergleichsweise selten zum dünnwandigen Plastikbeutel: In Litauen beispielsweise lag deren Verbrauch je Einwohner im Jahr 2019 bei 280 Tüten, in Tschechien waren es 235. Nur in wenigen EU-Ländern werden die Beutel noch sparsamer genutzt als in Deutschland. Am umweltfreundlichsten verhielten sich die Belgier mit gerade einmal sieben Tüten je Einwohner.

Dünne Plastiktüten: Verbrauch in Deutschland eher gering

Plastiktüten mit einer Wandstärke von weniger als 15 Mikrometern fallen nicht unter das seit dem 1.1.2022 in der EU geltende Plastiktütenverbot. So viele dieser dünnwandigen Tüten wurden im Jahr 2019 je Einwohner verbraucht



Vergleich von insgesamt 16 EU-Ländern, für die entsprechende Daten vorliegen

Quelle: Eurostat
© 2022 IW Medien / iwd